Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Fernsprecher Nr. 42.
Das „Schwedter Tageblatt" erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,50 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,60 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.

Postscheckkonto Berlin 39142.
Anzeigen werden die einspaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen-Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schultz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schultz in Schwedt a. O.

Nummer 249 | **Montag, den 24. Oktober 1927** | **34. Jahrgang**

Chronik des Tages.

— Der Schiedsspruch für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ist für verbindlich erklärt worden.

— Der Reichstag hat seine Plenarberatungen beendet und sich bis zum 22. November vertagt.

— Unter zahlreicher Beteiligung wurde in Berlin eine große deutsche Werkstoffschau eröffnet.

— Reichsfinanzminister Dr. Köhler hatte eine längere Unterredung mit dem Generalagenten für die Reparationszahlungen, Parker Gilbert.

— Bei einem Zugzusammenstoß in Schönwalde bei Berlin wurden etwa 30 Personen, zumeist leicht, verletzt.

— Wie aus Hamburg verlautet, wurde durch starken Nebel die Schiffahrt auf der Elbe und in der Mündung beinahe völlig lahmgelegt.

— Ein Autounglück in Reute bei Schwarzenbach (Allgäu) forderte zwei Todesopfer.

— Wegen Motorstörung wurde die deutsche Yacht „Hamburg" von einem Küstenwachschiff in den New Yorker Hafen eingeschleppt.

— Frau Grayson, die Nichte des ehemaligen Präsidenten Wilson, hat einen neuen Startversuch unternommen, der jedoch abermals mißglückt ist.

Das Vorgehen Parker Gilberts.

Der Reichstag hat die erste Lesung der Besoldungsvorlagen und des Reichsschulgesetzes beendet. Die öffentliche Diskussion über die mit den Gesetzentwürfen zusammenhängenden Fragen dürfte jedoch sobald nicht zum Abschluß kommen. Das gilt besonders von der Kostenfrage. Einmal ist man über diesen Punkt zwischen Reich, Ländern und Gemeinden verschiedener Ansicht, zum andern haben hier die letzten Tage eine überraschende Wendung gebracht. Ende der Woche liefen in der Reichshauptstadt Gerüchte um, der Generalagent für die deutschen Reparationszahlungen, Parker Gilbert, habe gegen die Inkraftsetzung der Vorlagen Einspruch erhoben, weil er davon eine Gefährdung der Dawestribute befürchtete. Die amtlichen Stellen hüllten sich in Schweigen, und Reichsfinanzminister Dr. Köhler erwähnte in seiner Reichstagsrede zur Besoldungsreform mit keinem Wort die angebliche Aktion des Reparationsagenten. Ein formeller Einspruch Parker Gilberts ist denn auch nicht erfolgt!

Wie von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, hat der Reparationsagent im Reichsfinanzministerium jedoch eine Denkschrift überreicht, die zwanzig oder dreißig Schreibmaschinenseiten zählt, und in der eine ganze Reihe von finanziellen Bedenken gegen die Verabschiedung der Gesetzentwürfe aufgezählt wird. Parker Gilbert meint, die laufenden Reichsausgaben würden durch die Besoldungsreform, durch die geplante Entschädigung der enteigneten Auslandsdeutschen und durch das Reichsschulgesetz derart erhöht, daß ein Ausgleich des Haushalts ohne Steuererhöhungen oder eine Gefährdung der Daweszahlungen nicht zu erreichen sei. Zur Begründung weist Parker Gilbert darauf hin, daß Deutschland in den nächsten Jahren auch erhebliche Mehraufwendungen für Reparationszwecke machen müsse, weil diese Zahlungen am 1. September 1928 erst ihre normale Höhe erreichten. Ferner glaubt Gilbert an den jetzigen Reichseinnahmen für die Zukunft Abstriche machen zu müssen. Das Reich habe 1927 zwar steigende Einnahmen zu verzeichnen gehabt, doch beruhe das nur auf eine vorübergehende Scheinblüte der Wirtschaft. Es sei daher nicht einzusehen, wie Deutschland in den kommenden Jahren allen Anforderungen gerecht werden wolle.

Parker Gilbert bringt also auch Argumente vor, deren Stichhaltigkeit keineswegs erwiesen ist. Wie sich die weitere Entwicklung der deutschen Wirtschaftslage gestaltet, weiß heute noch kein Mensch. Am wirtschaftlichen Himmel zeichnen sich nicht nur Gefahren ab, die deutsche Wirtschaft zeigt vielmehr auch Bestrebungen, der Schwierigkeiten Herr zu werden. Gefahren, die man voraussieht, können jedoch niemals zur Katastrophe ausarten. Das Reichskabinett hielt nach der Uebersetzung der Denkschrift Besprechungen ab und setzte sich dabei eingehend mit den Bedenken des Reparationsagenten auseinander. Im Anschluß daran hatte Reichsfinanzminister Dr. Köhler eine längere Unterredung mit Parker Gilbert.

Es ist selbstverständlich, daß Gilberts Schritt in der Oeffentlichkeit und im Parlament großes Aufsehen erregt hat. Eine Gefährdung der Vorlagen selbst ist jedoch nicht zu befürchten! Abgesehen von der Notwendigkeit zur Reform der Besoldung und der Renten, wird wohl auch keine Partei Neigung haben, wenige Monate vor den großen Wahlen für Abstriche an ohnehin schon knapp bemessenen Zulagen einzutreten. Mit der Denkschrift Parker Gilberts ist das Dawesproblem wieder einmal in den Vordergrund gerückt. Daran, daß Deutschland für die Zukunft Jahr für Jahr riesige Reparationszahlungen aufbringen kann, vermögen allerdings auch wir nicht zu glauben. Aber das Unmögliche kann doch nicht dadurch möglich gemacht werden, daß die Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung weiter verschlechtert wird. Ein wirtschaftlich notleidendes Deutschland ist ein Herd sozialer Unruhen und ein schlechter Kunde der Weltwirtschaft. Die wirtschaftliche Verbundenheit der Völker erfordert, den eigenen Wohlstand nicht auf die Schuldknechtschaft seines Nachbarvolkes aufzubauen! Soweit muß der Schritt des Reparationsagenten auch nach dieser Richtung hin Nachwirkungen auslösen.

Noch ein Wort über die Art, wie die Aktion Parker Gilberts bekannt wurde. Das Stillschweigen der Reichsregierung soll nicht beschönigt werden, das vermindert jedoch nicht das Befremden darüber, daß amerikanische Journalisten den Inhalt der Denkschrift bereits am Tage der Ueberreichung von Berlin nach New York drahten konnten! Wer hat ihnen von der Denkschrift Kenntnis gegeben? Das Recht, Aufklärung zu verlangen und Bedenken zu äußern, kann dem Reparationsagenten nicht bestritten werden, zurückgewiesen werden muß jedoch, wenn Parker Gilbert sich in innerdeutsche Angelegenheiten einmischt! Dem aber sieht die Veröffentlichung der Denkschrift durch amerikanische Blätter verzweifelt ähnlich. Ueber die Einzelheiten der Regierungsvorlagen sind wir in Deutschland verschiedener Meinung, einig aber sind wir darüber, daß wir unsere Gegensätze allein austragen wollen und daß uns dabei niemand hineinzureden hat!

Eine amtliche Erklärung.

Zu den verschiedenen Pressemeldungen über einen angeblichen Schritt des Generalagenten für Reparationszahlungen aus Anlaß der zur Zeit dem Reichstag unterbreiteten Gesetzesvorlagen erfahren wir folgendes:

Im Zuge der zwischen dem Reichsminister der Finanzen und dem Generalagenten für Reparationszahlungen seit längerem gepflogenen Erörterungen über die Finanz-, Kredit- und Wirtschaftslage in Deutschland in ihren Auswirkungen auf den Dawesplan hat der Generalagent dem Reichsfinanzminister eine Darlegung seiner Auffassung über das öffentliche Finanzwesen und über die Kreditpolitik in Deutschland übersandt. Diese Darlegung liegt den weiteren Besprechungen zwischen dem Reichsfinanzminister und dem Generalagenten zugrunde, die bereits begonnen haben.

Zusammentritt der Mandatskommission.

Deutschland zum ersten Male an den Arbeiten beteiligt.

Die Mandatskommission des Völkerbundes trat am heutigen Montag in Genf zu ihrer 12. Tagung zusammen. **Als Vertreter Deutschlands nimmt Geheimrat Kaste zum ersten Male an den Arbeiten der Kommission, die bekanntlich auch für die früheren deutschen Kolonien zuständig ist, teil.** Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme der Jahresberichte der Mandatsmächte, und zwar über die britischen Mandate Irak, Kamerun und Togo, über das belgische Mandat Ruanda-Urundi, das neuseeländische Mandat Samoa und das japanische Südsee-Insel-Mandat, ferner die Entgegennahme verschiedener Bittschriften, von denen die eine den Stamm Adjigo (Togo) betrifft. Außerdem wird sich die Kommission mit verschiedenen Fragen über das Verfahren im Bittschriftsystem und gewissen Fragen allgemeiner Natur beschäftigen, wie zum Beispiel der Frage der Besitzungen von Angehörigen ehemals feindlicher Staaten sowie mit der Frage des Handels mit geistigen Getränken.

Abrüstungsfeldzug Lord Cecils.

„Großbritannien das einzige europäische Land, dessen Rüstungsausgaben heute größer sind als 1913".

Der frühere britische Völkerbundsvertreter, Lord Cecil, hat nunmehr seine angekündigte Kampagne gegen die Politik der englischen Regierung in der Abrüstungsfrage mit einer großangelegten Rede vor dem Generalrat der britischen Völkerbundsvereinigung begonnen, in der er erklärte, daß ohne eine internationale Rüstungsbeschränkung keine Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden bestehe. Er wies auf die Notwendigkeit hin, daß Großbritannien mehr tun müsse, um zu diesem Ergebnis zu gelangen. **Abgesehen von Rußland, über das man keine genauen Angaben erhalten könne, sei Großbritannien das einzige europäische Land, dessen Rüstungsausgaben heute größer als im Jahre 1913 seien.** Cecil trat dafür ein, daß England, wenn auch mit gewissen Vorbehalten, die Fakultativklausel über die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit unterzeichne und sich an Schiedsgerichtsverträgen beteilige. Zum Schluß wies er darauf hin, daß sieben Zehntel der englischen Steuern auf Grund früherer Kriege oder zur Vorbereitung neuer Kriege erhoben werden.

Schluß der Reichstagssession.

Heftige Auseinandersetzungen über Saarfragen.

— Berlin, den 22. Oktober 1927.

Der Reichstag hielt heute seine letzte Plenarsitzung im Herbst ab und vertagte sich dann auf den 22. November. In der Zwischenzeit sollen die Ausschüsse die Beratung der in erster Lesung verabschiedeten Regierungsvorlagen zur Besoldungsreform und zum Reichsschulgesetz zu Ende führen. Nach Eröffnung der Sitzung stimmte das Haus ohne Aussprachen verschiedenen Vorlagen in allen drei Lesungen zu. So z. B. dem Gesetz über Mündelsicherheit, dem Internationalen Krankenversicherungsabkommen und der Vorlage über Beschäftigung vor und nach der Niederkunft.

Die Novelle über die Erhöhung der Kriegsbeschädigtenbezüge wurde nach kurzen Ausführungen der Abgg. **Weber** (Komm.), **Dietrich-Franken** (Nat.-Soz.) und **Tiedt** (Komm.) an den Ausschuß überwiesen. Zu den Interpellationen über den mitteldeutschen Bergarbeiterstreik verwies

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

auf den inzwischen gefällten Schiedsspruch. Der Minister gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Arbeit am Montag wieder aufgenommen werde und erklärte, falls nicht beide Parteien den Schiedsspruch annehmen, würde er sich sofort mit der Frage der Verbindlichkeitserklärung beschäftigen.

Abg. Dr. **Scholz** (D. Vp.) beantragte, bei dieser Sachlage die Interpellationen und Anträge von der Tagesordnung abzusetzen.

Sozialdemokraten, Kommunisten, Völkische und National-Sozialisten erhoben Widerspruch. Abg. **Wels** (Soz.) führte aus: Der Riesenkampf sei von den Bergarbeitern mit Energie, Tatkraft und Ruhe ohne jede Ausschreitung geführt worden, so daß man auch im Reichstag in voller Sachlichkeit über die Ursachen und Folgen sprechen könne.

Abg. **Stöhr** (Nat.-Soz.) erklärte, wenn der Minister den schändlichen Schiedsspruch verbindlich erkläre, wäre das eine Abwürgung des Streiks.

In der nun folgenden Abstimmung wurde der Antrag Scholz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Völkischen und National-Sozialisten angenommen. Die Anträge und Interpellationen waren damit von der Tagesordnung abgesetzt.

Die dann zur Verhandlung kommende Abrede zwischen der Reichsregierung und der Saar-Regierungskommission über Angelegenheiten der Sozialversicherung des Saargebietes wurde nach unerheblicher Aussprache in erster und zweiter Lesung angenommen. Der dritten Beratung wurde von dem Abg. **Stöhr** (Nat.-Soz.) widersprochen.

Präsident Löbe: Mir wird soeben von einem Regierungsvertreter mitgeteilt, daß die Sozialrentner des Saargebietes bis zum Januar auf die Erhöhung ihrer Bezüge warten müßten, wenn die Vorlage heute nicht angenommen wird.

Abg. **Stöhr** verlangt eine ausführliche Debatte und erklärt: Sie können ja am Montag die dritte Beratung vornehmen. Ich halte meinen Widerspruch aufrecht. (Entrüstungskundgebungen.)

Präsident **Löbe**: Gegen diesen Widerspruch können wir die Vorlage nicht annehmen. Ich muß aber bekennen, es ist in der Geschichte dieses Hauses noch nicht vorgekommen, daß jemand ohne jeden Grund die Verabschiedung einer Vorlage vereitelt, die für viele tausend Sozialrentner von so großer Bedeutung ist. Ohne jeden Grund, denn alles, was ein Abgeordneter sagen und erreichen will, kann er heute noch in der dritten Lesung erreichen.

Abg. **Stöcker** (Komm.) erklärte, das Arbeitsministerium habe den Reichstag nicht rechtzeitig unterrichtet. Abg. **Koch-Weser** (Dem.) bezeichnete den Einspruch des Abg. Stöhr als einen unerhörten Mißbrauch. Nach weiteren Ausführungen der Abgg. **Leicht** (Bayr. Vp.), Dr. **Kahl** (D. Vp.) schlug Graf **Westarp** (Dntl.) vor, dem Abg. Stöhr eine einstündige Redezeit zu bewilligen. Abg. **Stöhr** hielt jedoch trotzdem an seinem Einspruch fest. Damit war die dritte Lesung für heute gescheitert.

Zum Schluß der Sitzung machte der Präsident noch Mitteilung von dem plötzlichen Ableben des Abg. Wormit (Dntl.), der in Ostpreußen gewählt war.

Politische Rundschau.

— Wie amtlich mitgeteilt wird, wird der Verkauf der Hindenburgmarken und des Hindenburg-Buches auch nach dem 31. Oktober fortgesetzt.

— Der Regierungspräsident von Köln hat alle öffentlichen Umzüge des Roten Frontkämpferbundes bis auf weiteres verboten.

*

:: **Fortsetzung der Besprechungen im Auswärtigen Ausschuß.** In Anwesenheit des Reichsaußenministers Dr. Stresemann setzte der Auswärtige Aus-